

A 13 für Grundschullehrkräfte jetzt! Nächster Halt Hessen!



Für den 12. November 2022 mobilisierte die GEW Hessen zu einer Großdemonstration „Nächster Halt Hessen! A 13 für Grundschullehrkräfte jetzt!“ in Frankfurt für die Angleichung der Bezahlung von Grundschullehrkräften nach A 13.

Seit Jahren fordern die hessischen Grundschullehrkräfte eine Anpassung ihrer Bezahlung und finanzielle Gleichstellung mit allen anderen Lehrämtern. Die Aufgaben und das damit verbundene zeitliche Pensum nehmen jährlich ohne Entlastung zu. Zusätzlich haben Grundschullehrkräfte in Hessen die höchste unterrichtliche Pflichtstundenzahl.

Der in diesem Schuljahr klar zutage kommende enorme Lehrermangel mag an einer mangelhaften Planung seitens des Kultusministeriums/der Landesregierung liegen, ganz sicher liegt er aber an der mangelnden Attraktivität des Grundschullehreramtes im Vergleich zu anderen Lehrämtern. Hinzu kommt, dass der zunehmende Anteil „fachfremden Personals“ an den Grundschulen mit allen verbundenen Nebenerscheinungen wiederum eine Zunahme von Aufgaben für das sogenannte Stammpersonal bedeutet, denn die neuen Kollegen brauchen – verständlicherweise – zusätzliche Unterstützung und Beratung.

Deutschlandweit stellt sich die Situation wie folgt dar: Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und auch Bayern haben inzwischen A 13 für Grundschullehrkräfte eingeführt bzw. führen es stufenweise ein! Damit haben insgesamt **11 (!)** Bundesländer diese Besoldungsstufe umgesetzt bzw. sind im Begriff dabei. Selbst in Baden-Württemberg (noch A12) haben Grundschullehrkräfte ein höheres Grundgehalt und eine geringere Pflichtstundenzahl als in Hessen!

Hessen wird nach Ansicht der GEW damit in Zukunft noch größere Probleme bekommen, Grundschullehrkräfte nach der Ausbildung einzustellen – dank einer im Bundesländervergleich immer schlechteren Bezahlung.



Da 2023 die Hessischen Landtagswahlen anstehen, nutzten etwa 2000 Demonstrant*innen auf der hessenweiten Großdemonstration in Frankfurt die Chance, durch die Präsenz vor Ort sichtbar und laut Protest kundzutun, um schlussendlich Druck auf die Landesregierung auszuüben.

Wir bleiben dran! **Sabine Joa**